

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für Wirtschaft und Währung*

VORLÄUFIG  
2007/2024(INI)

19.4.2007

## **ENTWURF EINER STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu der Überprüfung des Binnenmarkts: Beseitigung von Schranken und  
Mängeln anhand einer verbesserten Umsetzung und Durchsetzung  
(2007/2024(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Eoin Ryan

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass in der Mitteilung „Ein Binnenmarkt für die Bürger – Zwischenbericht für die Frühjahrstagung 2007 des Europäischen Rates“ darauf hingewiesen wird, dass Binnenmarkt und einheitliche Währung, indem sie tiefere, flexiblere und diversifiziertere europaweite Finanzmärkte hervorbringen, dem Privatmann wie den Unternehmen günstigere Finanzierungsbedingungen beschere und dafür sorgen, dass die EU externen Finanzkrisen besser Stand halten kann,
- B. in der Erwägung, dass Untersuchungen der Kommission ergeben haben, dass vollständig integrierte Finanzmärkte mittel- bis langfristig die Kapitalkosten für EU-Unternehmen um ca. 0,5 % senken, einen Anstieg des BIP um 1,1 % und eine Erhöhung des Investitionsvolumens um 6 % sowie des privaten Verbrauchs um 0,8 % und der Beschäftigung um 0,5 % bewirken könnten, sowie in der Erwägung, dass geschätzt wird, dass die Wertschöpfung des be- und verarbeitenden Gewerbes in der EU dauerhaft um 0,75-0,94 % steigen könnte, wenn die verarbeitenden Unternehmen in der EU den gleichen Zugang zu Finanzmitteln hätten wie US-Unternehmen,
  1. weist darauf hin, dass der Zugang von EU-Unternehmen zum Postmarkt verbessert werden kann, indem, u.a. durch legislative Instrumente, noch verbleibende Hemmnisse beseitigt werden, die das Unternehmenswachstum beeinträchtigen, darunter mangelhafte Finanzmärkte, die zu geringeren finanziellen Möglichkeiten führen, höhere Verwaltungskosten beim Zugang, die die Expansion der Unternehmen in ihren Anfangsjahren behindern, sowie strenge Restriktionen in Bezug auf Einstellung und Kündigung; betont ferner, dass es wesentlich ist, die Hindernisse für die Schaffung eines einheitlichen Zahlungsraums zu beseitigen sowie die Postmärkte weiter zu liberalisieren, gleichzeitig aber die Finanzierung eines effizienten Universaldienstes sicherzustellen; fordert, dass der Förderung des Potentials von KMU besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird;
  2. wiederholt, dass eine bessere Umsetzung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften wesentlich ist, um die rechtliche Stabilität und Vorhersehbarkeit zu schaffen, die die Verbraucher und Unternehmen im Binnenmarkt benötigen; betont, dass die bevorstehenden Initiativen im Bereich der Finanzdienstleistungen für Privatkunden von grundlegender Bedeutung sein werden, damit die Bürger noch stärker umfassend vom Binnenmarkt profitieren können;
  3. vertritt die Auffassung, dass die Festigkeit der WWU eine wesentliche Komponente des Binnenmarkts im 21. Jahrhundert sein wird, u.a. durch stärkere integrierte und entwickelte Finanzmärkte, einen besser funktionierenden Binnenmarkt für Dienstleistungen sowie flexiblere Arbeitsmärkte.